



2010 LKA BW Gemeinsames Lagebild Schleusungskriminalität BPOl

JAHRESBERICHT 2010



BUNDESPOLIZEI



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



IMPRESSUM

GEMEINSAMES LAGEBILD SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT

JAHRESBERICHT 2010

HERAUSGEBER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg
Taubenheimstraße 85
70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0
Fax 0711 5401-3355
E-Mail stuttgart.lka@polizei.bwl.de
Internet www.lka-bw.de

Bundespolizeidirektion Stuttgart
Wolfgang-Brumme-Allee 52
71034 Böblingen
Telefon 07031 2128-0
Fax 07031 2128-1170
E-Mail bpold.stuttgart@polizei.bund.de

Diese Informationsschrift wird im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

GEMEINSAMES LAGEBILD SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT



	2009	2010	IN %	
EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN				
DELIKTE GESAMT	263	772	+ 194	↗
EINSCHLEUSUNG MIT				
QUALIFIZIERTER BEGEHUNGSWEISE	127	662	+ 421	↗
UNERLAUBTE EINREISE	2.570	1.884	- 27	↘
UNERLAUBTER AUFENTHALT	2.971	3.308	+ 11	↗
MENSCHENHANDEL/FÖRDERUNG				
ZUR SEXUELLEN AUSBEUTUNG	42	38	- 10	↘

INHALT

1	ENTWICKLUNGEN DES JAHRES 2010	5
	Zahl der Schleusungen stark angestiegen	5
	Fallzahlen Unerlaubte Einreise/Aufenthalt insgesamt leicht gesunken	5
	Rückgang bei der Unerlaubten Einreise	6
	Anstieg beim Unerlaubten Aufenthalt	6
	Asylbewerberzahlen stark gestiegen	6
	Schleusungsrouten	7
	Schleusung per Lastkraftwagen (LKW)	7
	Schleusung per Flugzeug	7
	Einschleusung von chinesischen Fachkräften	8
	Missbrauch der Einreiseerleichterungen für einzelne Balkanstaaten	8
	Dokumentenkriminalität – Neuer Trend	8
	Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung	8
	Menschenhandel zur Ausbeutung der Arbeitskraft	9
	Flatrate-Bordelle	9
2	HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN/GETROFFENE MASSNAHMEN	10
3	ANLAGEN	12
	Ansprechpartner	25

1 ENTWICKLUNGEN DES JAHRES 2010

ZAHL DER SCHLEUSUNGEN STARK ANGESTIEGEN

Im Jahr 2010 ist im Deliktsbereich Einschleusen von Ausländern insgesamt eine Steigerung von 263 (2009) auf 772 Fälle festzustellen. Der Anteil der qualifizierten Delikte, wie z. B. Einschleusen von Ausländern als Mitglied einer Bande, gewerbsmäßiges oder banden- und gewerbsmäßiges Einschleusen, hat sich von 127 auf 662 Fälle mehr als verfünffacht. Dieser hohe Anstieg wird insbesondere durch 589 Fälle eines gemeinsamen Ermittlungsverfahrens der Polizeidirektion Freiburg und der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Stuttgart bedingt. Wie im Vorjahr dominieren Großverfahren einzelner Dienststellen den Deliktsbereich.

Die Zahl der Tatverdächtigen sank von 268 auf 165 Personen. Diese stammen am häufigsten aus Deutschland 47 (94)¹ und dem Irak 21 (25), gefolgt von Staatsangehörigen aus der Türkei 10 (43), aus Serbien und Montenegro 10 (10) sowie China 7 (2).

FALLZAHLEN UNERLAUBTE EINREISE / AUFENTHALT INSGESAMT LEICHT GESUNKEN

Die Anzahl dieser Straftaten sank um 6,3 % von 5.541 auf 5.192 Fälle. Der Bearbeitungsanteil der Bundespolizei betrug 56,6 % (59,7 %). In den Landkreisen mit Bezug zur schweizerischen Grenze war ein Rückgang um 29,3 % von 1.353 auf 957 Straftaten zu verzeichnen. In den Landkreisen an der deutsch-französischen Grenze sanken die Fallzahlen um 24,3 % von 1.394 auf 1.055.

Die Anzahl der Tatverdächtigen ging um 7,3 % von 5.686 auf 5.271 zurück. Die Rangfolge nach Herkunftsstaaten wird im Jahr 2010 erstmals von Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien angeführt, gefolgt von der Türkei, den Maghreb-Staaten, den Westafrikanischen Staaten und dem Irak.

Seit dem 19.12.2009 können Staatsangehörige aus Serbien, Montenegro und Mazedonien visumsfrei nach Deutschland einreisen und sich innerhalb eines halben Jahres insgesamt 90 Tage aufhalten, wenn sie sich mit einem biometrischen Reisepass ausweisen und Ziel der Einreise nicht die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist. Dieser Umstand führte bei der Unerlaubten Einreise zu einem Rückgang um 51 % von 368 auf 179 Tatverdächtige aus diesen Staaten. In Folge von Verstößen gegen die Aufenthaltsdauer bzw. gegen die Beschränkung des Aufenthaltszwecks kam es jedoch beim Unerlaubten Aufenthalt zu einer Steigerung um 28 % beim Unerlaubten Aufenthalt von 250 auf 319 Tatverdächtige dieser Staaten. Eine ähnliche Entwicklung ist auf Grund der weiteren Liberalisierung der Visapaxis seit dem 15.12.2010 auch für Staatsangehörige aus Albanien und Bosnien-Herzegowina zu erwarten.

¹ Vorjahreszahlen in Klammern

ANALYSEDARSTELLUNG

Angehörige aus Drittstaaten, die Inhaber eines gültigen Aufenthaltstitels eines Schengen-Vertragspartners sind und ohne gültige Reisedokumente im Bundesgebiet angetroffen werden, gelangen durch die Bundespolizei nur wegen einer Ordnungswidrigkeit zur Anzeige, wenn der Besitz eines Reisedokuments in angemessener Zeit nachgewiesen werden kann.

RÜCKGANG BEI DER UNERLAUBTEN EINREISE

Die Fallzahlen der Unerlaubten Einreise sind um 27 % auf 1.884 (2.570) gesunken. Die höchsten Fallzahlen weisen trotz positiver Tendenz die Landkreise mit Grenzbezug auf. Eine Ausnahme bildet der Landkreis Esslingen mit dem Flughafen Stuttgart. Hier stiegen die Fallzahlen um 72 % auf 267 (155). Der Straftatenschlüssel 7251** (Unerlaubte Einreise) erfordert den Nachweis eines Grenzbezuges, welcher seit Wegfall der sogenannten Vollkontrollen an den Grenzübergängen immer schwerer zu führen ist.

ANSTIEG BEIM UNERLAUBTEN AUFENTHALT

Die Fallzahlen des Unerlaubten Aufenthalts sind um 11 % von 2.971 auf 3.308 gestiegen. Der Landkreis Esslingen weist mit dem Flughafen Stuttgart die höchste Belastung mit 612 (559) Fällen auf. Es folgen die Stadtkreise Stuttgart 359 (278) und Freiburg 306 (129) als Ballungsräume sowie die beiden Grenzregionen Konstanz 188 (120) und Ortenaukreis 182 (219). Der Straftatenschlüssel 7257** (Illegaler Aufenthalt) ist zu verwenden, wenn ein Ausländer ohne erforderlichen Aufenthaltstitel im Inland angetroffen wird und ein Grenzbezug nicht hergestellt werden kann. Verstärkte Kontrollen im grenznahen Raum führten zum Anstieg dieser Straftaten, konnten jedoch den Rückgang bei den Fallzahlen der Unerlaubten Einreise nicht ausgleichen.

ASYLBEWERBERZAHLEN STARK GESTIEGEN

Im Jahr 2010 wurden in Baden-Württemberg (BW) insgesamt 5.713 (3.564) Erstanträge auf Asyl gestellt. Noch im Jahr 2007 hatte die Zahl bei einem Tiefstand von 2.451 gelegen. Die Steigerung um etwa 60 % im Vergleich zu 2009 liegt vor allem am stärkeren Zugang aus den Herkunftsländern Serbien 667 (51), Afghanistan 449 (225), Mazedonien 437 (9), Pakistan 321 (152), Indien 293 (181), Iran 288 (105), Kosovo 281 (202), Somalia 245 (19) und der Türkei 226 (177). Trotz sinkender Antragszahlen bilden irakische Staatsangehörige mit 755 (817) Erstanträgen die größte Personengruppe. 69 % aller Asylbewerber im Jahr 2010 kamen aus den zehn oben angeführten Staaten. Mit Stand vom 31.12.2010 lebten 6.079 (4.540) Asylbewerber in Baden-Württemberg.

SCHLEUSUNGSROUTEN

Die Mehrzahl der illegal einreisenden Personen aus Drittstaaten versuchte über die griechisch-türkische EU-Außengrenze nach Griechenland und damit in das Schengengebiet einzureisen. Selbst nigerianische und somalische Staatsangehörige wurden auf EU-Binnenflügen mit Startflughafen in Griechenland festgestellt. Ist die Einreise nach Griechenland gelungen, sind nur noch Binnengrenzen an den italienischen Fährhäfen oder an europäischen Zielflughäfen zu passieren, an denen grundsätzlich keine Grenzkontrollen erfolgen.

SCHLEUSUNG PER LASTKRAFTWAGEN (LKW)

Auch im Jahr 2010 wurden in Baden-Württemberg keine Feststellungen sogenannter „Schleusungs-LKW“ bekannt. Vereinzelt wurden größere Personengruppen außerhalb Baden-Württembergs, z. B. in Dresden, festgestellt, die die Beförderung von Migranten mittels Lastkraft- oder Lieferwagen zum Zweck der Schleusung nahe.

Im August 2010 wurden an der rumänisch-ungarischen Grenze bei einem in Süddeutschland zugelassenen LKW vier zwischen der Werkzeugbox und dem Fahrgestell versteckte irakische Staatsangehörige festgestellt. Der Fahrer war ein griechischer Staatsangehöriger und sollte die aus Metallrohren bestehende Ladung von Thessaloniki/Griechenland zu einer Firma in Neckarsulm/BW transportieren.

Den österreichischen Behörden gelang in Wien/Österreich die Feststellung eines griechischen Reisebusses mit 25 unerlaubt eingereisten Personen, welche sich bei Kontrollen in einem aufwändig eingebauten Zwischenboden im Bus versteckten. Darüber hinaus wurden wie bereits in den Jahren zuvor auf Fährschiffen zwischen Griechenland und Italien zu Schleusungszwecken umgebaute LKW mit unerlaubt eingereisten Personen festgestellt.

SCHLEUSUNG PER FLUGZEUG

Die Bundespolizei am Flughafen Stuttgart verzeichnete einen deutlichen Rückgang der unerlaubt eingereisten Personen aus Griechenland von 91 auf 38 Personen im Jahr 2010. Insbesondere bei Staatsangehörigen aus Afghanistan 22 (36), Palästina 0 (17), Syrien 0 (12) und dem Irak 5 (11) waren die Rückgänge signifikant. Im Gegensatz hierzu fielen vermehrt unerlaubte Einreisen aus der Türkei auf. Es wurden acht türkische, fünf iranische, fünf syrische und zwei irakische Staatsangehörige festgestellt. Die sich abzeichnende Verlagerung auf die Route Türkei-Deutschland (Stuttgart) könnte eine Auswirkung der verstärkten Aktivitäten der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (FRONTEX) an der griechisch-türkischen Grenze darstellen.

ANALYSE DARSTELLUNG

EINSCHLEUSUNG VON CHINESISCHEN FACHKRÄFTEN

Die Bundespolizei führte in Baden-Württemberg im Jahr 2010 annähernd 80 Ermittlungsverfahren² gegen Betreiber chinesischer Speiselokale im Zusammenhang mit der Einschleusung von „Spezialitätenköchen“ durch Vorlage falscher Unterlagen und unwahren Angaben im Rahmen der Erteilung von Aufenthaltstiteln.

MISSBRAUCH DER EINREISEERLEICHTERUNGEN FÜR EINZELNE BALKANSTAATEN

Der Rückgang der Tatverdächtigen aus Serbien und Mazedonien bei der Unerlaubten Einreise um 51 %, deren gleichzeitige Zunahme der Tatverdächtigen beim Unerlaubten Aufenthalt um 28 % sowie der extreme Anstieg der Asylbewerber aus diesen Staaten indiziert, dass die erleichterten Visa-bedingungen zur illegalen Migration missbraucht werden.

Im ersten Halbjahr 2010 wurden verstärkt vorgeblich geschleuste Personen bei der Stadtverwaltung Freiburg und der Bundespolizeiinspektion Weil am Rhein vorgestellt. Diese Personen wurden regelmäßig durch Vermittler bzw. Sprachmittler begleitet. Aufgrund der Fallgestaltung und -zahl von deutlich über 100 Delikten der Unerlaubten Einreise bzw. des Unerlaubten Aufenthalts wird von einer organisierten Tatbegehung ausgegangen. Die Anzahl der Tatverdächtigen betrug 253 Personen, davon 99 Kinder unter 14 Jahren.

DOKUMENTENKRIMINALITÄT – NEUER TREND

In einem Ermittlungsverfahren der Bundespolizei Stuttgart wurde festgestellt, dass osteuropäische Dokumentenfälscher gezielt chinesische, afghanische und türkische Mittelsmänner einsetzten, um Angehörige derer Volksgruppen als Käufer unechter Dokumente anzuwerben. Bei den festgestellten Fälsfikaten handelte es sich um tschechische und bulgarische Reisepässe, Führerscheine und Identitätskarten, wobei die Käufer jeweils meist ein Paket aus den drei vorgenannten Dokumentenarten mit gleichen Aliaspersonalien erhielten, um sich als angebliche EU-Bürger legitimieren zu können.

MENSCHENHANDEL ZUM ZWECK DER SEXUELLEN AUSBEUTUNG

In der PKS sind im Jahr 2010 38 (42) Fälle des Menschenhandels und der Förderung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung erfasst. Im Rahmen der Sondererhebung für das Bundeslagebild Menschenhandel wurden von den Dienststellen in Baden-Württemberg 25 (26) abgeschlossene Ermittlungsverfahren gemeldet. Die Verfahren richteten sich gegen 60 männliche und 25 weibliche Tatverdächtige. Staatsangehörige aus Rumänien 42 (10), Deutschland 15 (13) und Bulgarien 13 (13) stellten dabei etwa 82 % der Tatverdächtigen. Von den 52 Opfern waren 41 Personen unter 21 Jahre alt. Aus Osteuropa stammen 85 % aller Opfer. Die größte Gruppe stellten mit 28 Personen die rumänischen Staatsangehörigen dar.

² Teilweise wurden und werden durch die Staatsanwaltschaft Verfahren abgetrennt; eine genaue Angabe war bei Redaktionsschluss noch nicht möglich.

MENSCHENHANDEL ZUR AUSBEUTUNG DER ARBEITSKRAFT

Im Jahr 2010 wurden zwei (0) Fälle des Menschenhandels und wie im Vorjahr zwei Fälle zur Förderung des Menschenhandels zur Ausbeutung der Arbeitskraft in der PKS erfasst.

FLATRATE-BORDELLE

Vor dem Landgericht Stuttgart ist das sogenannte „Pussy-Club-Verfahren“ im Juli 2010 beendet worden. Der Hauptangeklagte wurde zur Last gelegt, zwischen März 2008 und Juli 2009 in vier Städten „Flatrate-Bordelle“ betrieben zu haben, in denen ca. 200 Frauen – viele von ihnen ohne gültige EU-Arbeitserlaubnis – beschäftigt wurden. Die Chefin der Bordelle in Fellbach, Berlin, Heidelberg und Wuppertal hatte die Taten gestanden. Als Hauptbeschuldigte wegen Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt in 35 Fällen erhielt sie eine dreijährige Haftstrafe.

Da für die überwiegend aus Rumänien stammenden und teilweise noch nicht 21-jährigen Frauen keine Sozialversicherungsbeiträge gezahlt wurden, entstand ein Schaden von 2,3 Millionen Euro. Die ursprünglich eingebrachte Anklage wegen Menschenhandel wurde von der Staatsanwaltschaft auf Grund der Beweislage zurück genommen. Die Gerichtsverhandlungen gegen die Personen, welche die jungen Frauen in die Bordelle vermittelt haben, stehen noch aus.

MASSNAHMEN

2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN/GETROFFENE MASSNAHMEN

Im Rahmen internationaler und nationaler Kooperationen arbeiten Bundes-, Landespolizei und die Bundeszollverwaltung auf Grundlage der Vereinbarung über die Bildung eines gemeinsamen Sicherheitskooperationssystems vom 01.09.2002 eng zusammen.

Zur wirksamen Bekämpfung der illegalen Migration werden insbesondere:

- ein enger Informationsaustausch gewährleistet,
- gemeinsame Lagebilder erstellt,
- Fahndungsschwerpunkte/-maßnahmen gemeinsam abgestimmt/durchgeführt und
- Kooperationen in besonderen Ermittlungsfällen gebildet.

ANLAGEN

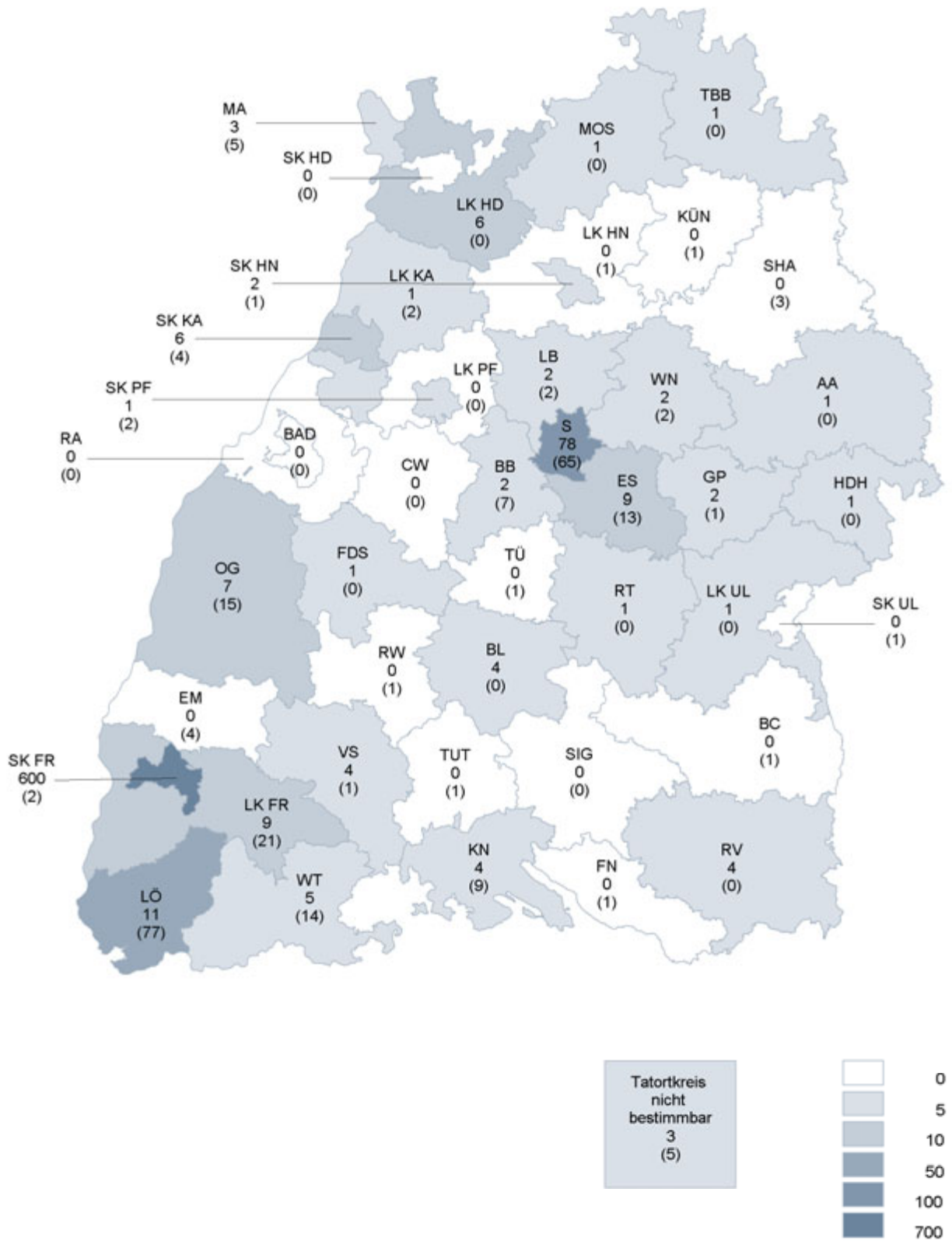
3 ANLAGEN

DEFINITION SCHLEUSUNGSKRIMINALITÄT

Schleusungskriminalität umfasst neben allen Formen der Anstiftung und Beihilfe zur unerlaubten Einreise und zum unerlaubten Aufenthalt, eine Reihe von strafrechtlichen Tatbeständen und logistischen Vorbereitungshandlungen. Der Trend hin zu professionellen Strategien bei der Anwerbung von Ausländern in ihren Heimatländern, beim Erschleichen von Visa und Aufenthaltstiteln, bei der Dokumentenfälschung, Routenplanung, Bereitstellung von Transportmitteln, beim Anwerben von Schleusern und der Bestechung von Beamten zeichnet sich ab und erfordert ein hohes Organisationsniveau der Schleuserorganisationen.

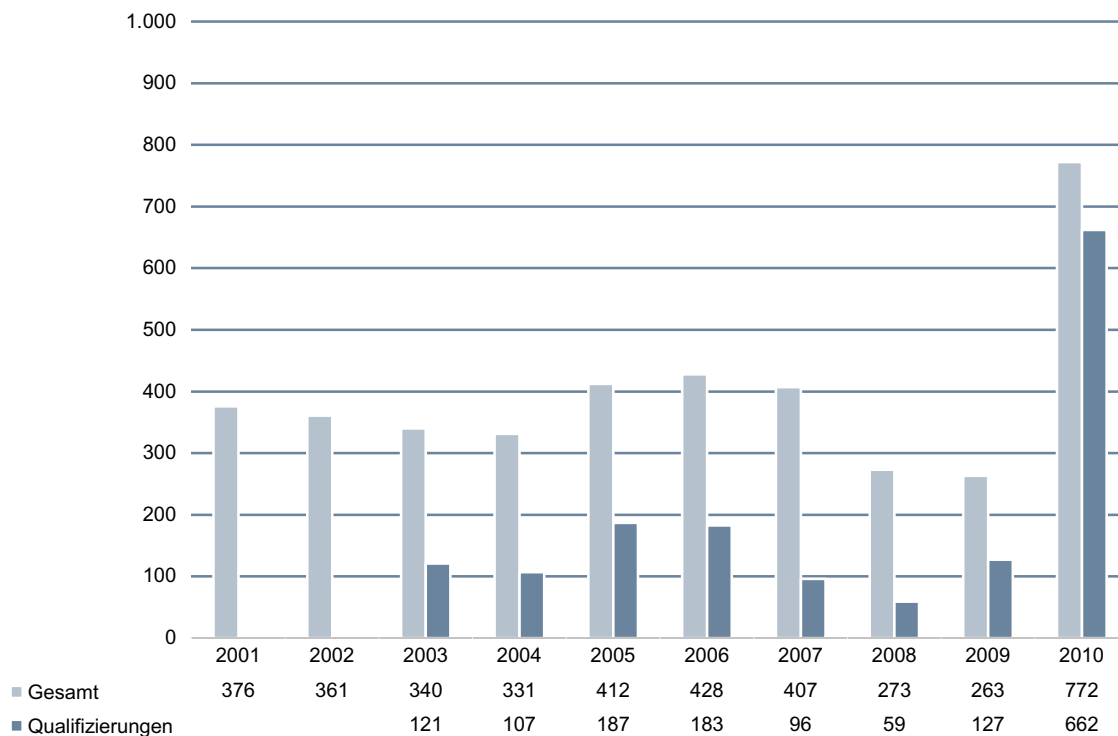
Des Weiteren zählt der Menschenhandel zu einer häufigen und besonders menschenverachtenden Form der Schleusungsfolgekriminalität. Er geht oft einher mit Gewalt und Erpressung.

EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN – GEOGRAFISCHE VERTEILUNG



ANLAGEN

EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN – DELIKTE³



EINSCHLEUSEN – HERKUNFT DER TATVERDÄCHTIGEN

Tatverdächtige	2006	2007	2008	2009	2010
Gesamt	333	358	283	268	165
Deutschland	100	107	64	94	47
Irak	9	6	16	25	21
Türkei	39	26	30	43	10
Serbien u. Montenegro	14	37	28	10	10
China	10	16	6	2	7
Kosovo	-	-	-	-	6
Nigeria	3	6	5	3	5
Russische Föderation	6	2	10	2	4
Indien	-	-	1	5	2
Pakistan	-	-	-	4	2
Schweiz	5	28	25	6	2
Vietnam	-	-	1	6	2
Mongolei	-	-	2	11	1
Niederlande	3	4	7	6	1
Sri Lanka	2	4	7	1	1
Mazedonien	6	4	7	4	-

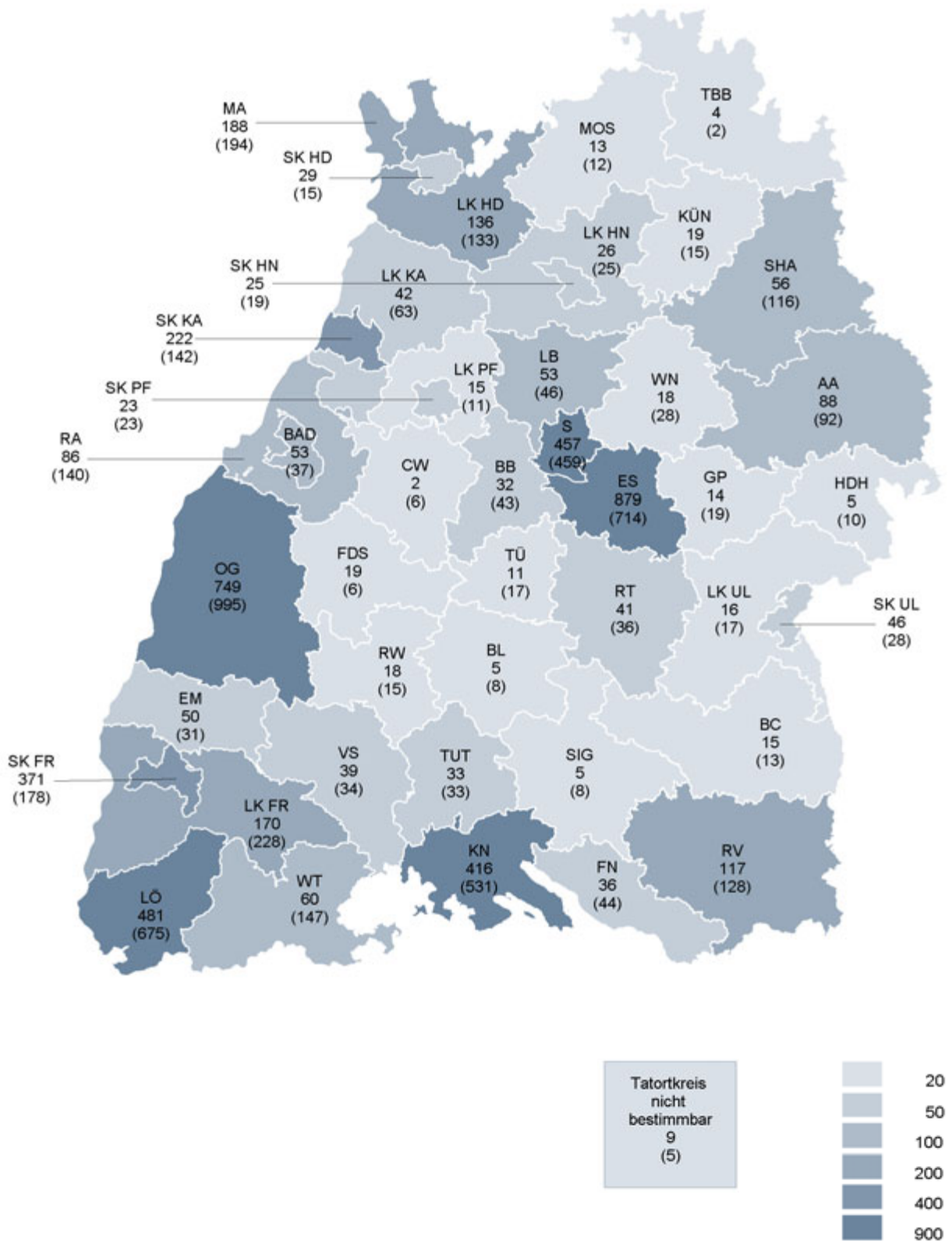
³ Die qualifizierten Begehungsweisen wurden in der PKS erst ab 2003 gesondert abgebildet.

EINSCHLEUSEN VON AUSLÄNDERN NACH TATORTEN

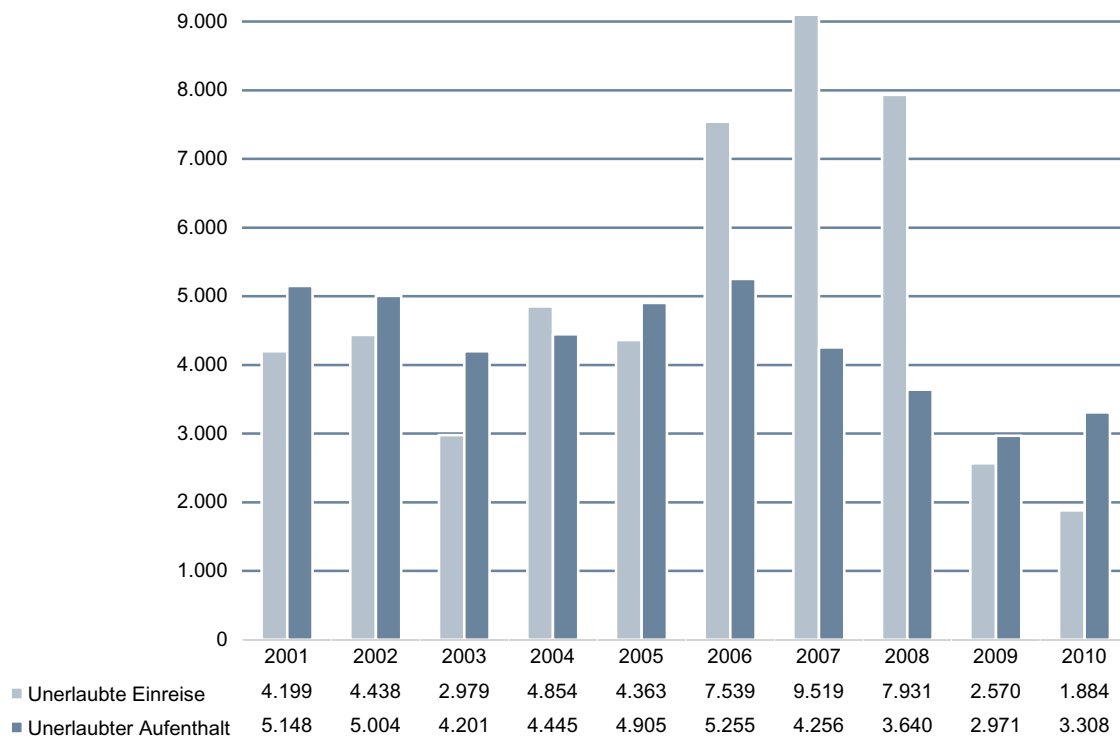
Delikt	Einschleusen		Qual. Einschleusen		Gesamtzahl	
	2009	2010	2009	2010	2009	2010
erfasste Fälle						
Stadtkreis Stuttgart	50	34	15	44	65	78
Landkreis Böblingen	4	2	3	-	7	2
Landkreis Esslingen	9	6	4	3	13	9
Landkreis Göppingen	1	1	-	1	1	2
Landkreis Ludwigsburg	1	1	1	1	2	2
Landkreis Rems-Murr-Kreis	-	2	2	-	2	2
Stadtkreis Heilbronn	-	-	1	2	1	2
Landkreis Heilbronn	-	-	1	-	1	-
Landkreis Hohenlohekreis	1	-	-	-	1	-
Landkreis Schwäbisch Hall	-	-	3	-	3	-
Landkreis Main-Tauber-Kreis	-	-	-	1	-	1
Landkreis Heidenheim	-	1	-	-	-	1
Landkreis Ostalbkreis	-	-	-	1	-	1
Stadtkreis Karlsruhe	-	4	4	2	4	6
Landkreis Karlsruhe	1	-	1	1	2	1
Stadtkreis Mannheim	2	2	3	1	5	3
Lkr. Neckar-Odenwald-Kreis	-	-	-	1	-	1
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	-	2	-	4	-	6
Stadtkreis Pforzheim	-	1	2	-	2	1
Landkreis Freudenstadt	-	1	-	-	-	1
Stadtkreis Freiburg	2	11	-	589	2	600
Lkr. Breisg.-Hochschwarzwald	12	7	9	2	21	9
Landkreis Emmendingen	-	-	4	-	4	-
Landkreis Ortenaukreis	8	6	7	1	15	7
Landkreis Rottweil	-	-	1	-	1	-
Lkr. Schwarzwald-Baar-Kreis	-	2	1	2	1	4
Landkreis Tuttlingen	1	-	-	-	1	-
Landkreis Konstanz	7	3	2	1	9	4
Landkreis Lörrach	17	8	60	3	77	11
Landkreis Waldshut	11	2	3	3	14	5
Landkreis Reutlingen	-	1	-	-	-	1
Landkreis Tübingen	-	-	1	-	1	-
Landkreis Zollernalbkreis	-	2	-	2	-	4
Stadtkreis Ulm	-	-	1	-	1	-
Landkreis Alb-Donau-Kreis	-	-	-	1	-	1
Landkreis Biberach	-	-	1	-	1	-
Landkreis Bodenseekreis	1	-	-	-	1	-
Landkreis Ravensburg	-	1	-	3	-	4
Tatortkreis nicht bestimmbar	-	-	5	3	5	3
Gesamt	128	100	135	662	263	772

ANLAGEN

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – GEOGRAFISCHE VERTEILUNG



UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – DELIKTE



UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT NACH TATORTEN

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2009	2010	2009	2010
erfasste Fälle				
Stadtkreis Stuttgart	181	98	278	359
Landkreis Böblingen	5	2	38	30
Landkreis Esslingen	155	267	559	612
Landkreis Göppingen	3	2	16	12
Landkreis Ludwigsburg	3	2	43	51
Landkreis Rems-Murr-Kreis	-	2	28	16
Stadtkreis Heilbronn	-	3	19	22
Landkreis Heilbronn	5	2	20	24
Landkreis Hohenlohekreis	5	2	10	17
Landkreis Schwäbisch Hall	43	-	73	56
Landkreis Main-Tauber-Kreis	-	1	2	3
Landkreis Heidenheim	2	3	8	2
Landkreis Ostalbkreis	5	5	87	83
Stadtkreis Baden-Baden	6	5	31	48
Stadtkreis Karlsruhe	36	46	106	176
Landkreis Karlsruhe	3	3	60	39
Landkreis Rastatt	82	31	58	55
Stadtkreis Heidelberg	3	1	12	28

ANLAGEN

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2009	2010	2009	2010
erfasste Fälle				
Stadtkreis Mannheim	15	21	179	167
Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis	-	-	12	13
Landkreis Rhein-Neckar-Kreis	8	15	125	121
Stadtkreis Pforzheim	3	7	20	16
Landkreis Calw	-	-	6	2
Landkreis Enzkreis	6	4	5	11
Landkreis Freudenstadt	1	-	5	19
Stadtkreis Freiburg	49	65	129	306
Landkreis Breisgau-Hochschw.	113	90	115	80
Landkreis Emmendingen	8	9	23	41
Landkreis Ortenaukreis	776	567	219	182
Landkreis Rottweil	-	5	15	13
Landkreis Schwarzwald-Baar-Kreis	3	6	31	33
Landkreis Tuttlingen	15	1	18	32
Landkreis Konstanz	411	228	120	188
Landkreis Lörrach	465	318	210	163
Landkreis Waldshut	106	35	41	25
Landkreis Reutlingen	4	4	32	37
Landkreis Tübingen	5	2	12	9
Landkreis Zollernalbkreis	4	-	4	5
Stadtkreis Ulm	4	9	24	37
Landkreis Alb-Donau-Kreis	9	4	8	12
Landkreis Biberach	4	1	9	14
Landkreis Bodenseekreis	13	7	31	29
Landkreis Ravensburg	9	7	119	110
Landkreis Sigmaringen	-	-	8	5
Tatortkreis nicht bestimmbar	2	4	3	5
Gesamt	2.570	1.884	2.971	3.308

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – SACHBEARBEITUNG

Delikt	Unerlaubte Einreise		Unerl. Aufenthalt	
	2009	2010	2009	2010
erfasste Fälle				
Landespolizei BW	441	340	1.765	1.893
Bundespolizei in BW	2.116	1.536	1.191	1.402
Sonstige	13	8	15	13

UNERLAUBTE EINREISE UND UNERLAUBTER AUFENTHALT – HERKUNFT DER TATVERDÄCHTIGEN

	2008	2009	2010
Tatverdächtige gesamt	11.868	5.686	5.271
ehemaliges Jugoslawien	4.302	953	1.409
Türkei	2.211	1.290	1.102
Maghreb-Staaten	730	465	384
Westafrikanische Staaten	539	319	270
Irak	381	261	213
Russische Föderation	235	171	152
Afghanistan	75	66	114
Georgien	51	79	105
Indien	169	98	88
Sri Lanka	250	86	83
China	221	91	61
Iran	102	50	56
Pakistan	76	51	54
Armenien	42	37	53
Vietnam	88	55	51
Ukraine	82	56	50

TATVERDÄCHTIGE AUS DEN NACHFOLGESTAATEN DES EHEMALIGEN JUGOSLAWIEN

	2006	2007	2008	2009	2010
Tatverdächtige gesamt	4.170	5.418	4.302	953	1.409
Kosovo	-	-	-	322	526
Serbien	-	-	-	-	333
Jugoslawien	333	292	148	129	135
Mazedonien	614	1.018	758	136	115
Kroatien	171	130	158	128	96
Bosnien-Herzegowina	340	511	402	91	91
Albanien	-	-	173	88	62
Serbien-Montenegro	2.709	1.998	123	49	50
Montenegro	-	36	26	5	10
Slowenien	3	4	-	5	1

ANLAGEN

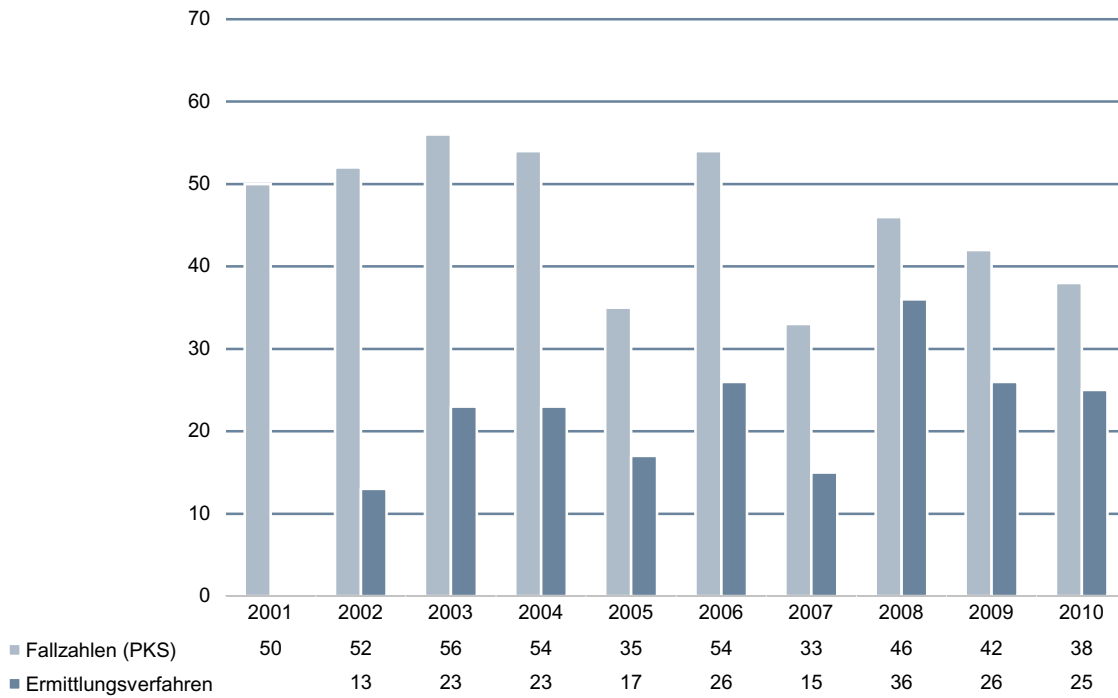
TATVERDÄCHTIGE AUS DEN MAGHREB-STAATEN

	2006	2007	2008	2009	2010
Tatverdächtige gesamt	542	641	730	465	384
Marokko	218	290	337	211	121
Tunesien	129	154	174	75	64
Algerien	191	192	214	169	192
Mauretanien	4	5	5	4	5
Libyen	-	-	-	6	2

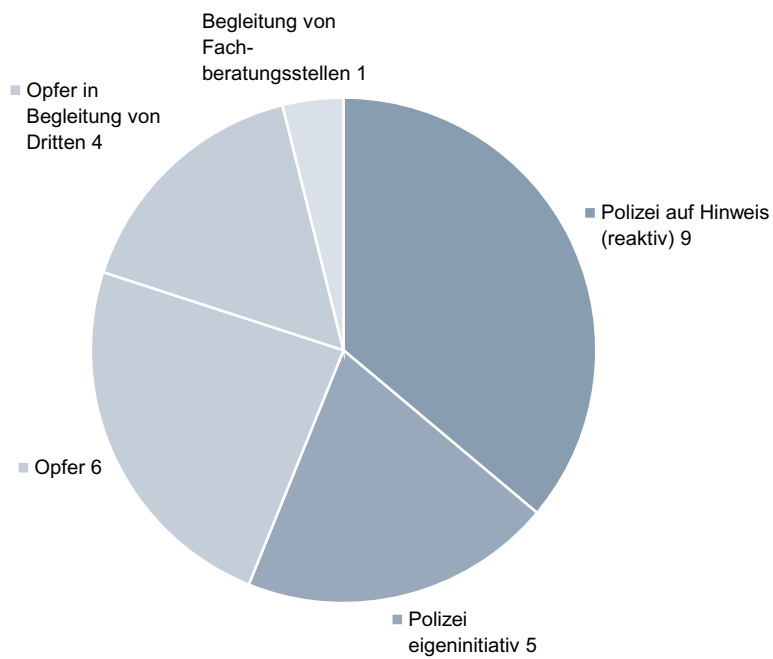
TATVERDÄCHTIGE AUS DEN WESTAFRIKANISCHEN STAATEN

	2006	2007	2008	2009	2010
Tatverdächtige gesamt	523	588	539	319	270
Nigeria	91	124	124	85	71
Kamerun	135	156	149	50	42
Ghana	66	61	58	46	30
Senegal	20	42	40	23	13
Liberia	26	22	22	22	13
Elfenbeinküste	26	28	24	17	10
Togo	33	28	27	16	12
Gambia	20	26	14	15	27
Guinea	28	30	19	15	19
Sierra Leone	33	23	18	10	8
Mali	10	15	11	5	4
Benin	8	9	9	4	4
Burkina Faso	11	5	3	4	6
Kap Verde	9	12	11	4	4
Guinea-Bissau	6	4	4	2	5
Niger	1	1	5	1	2
Äquatorial Guinea	-	2	1	-	-

MENSCHENHANDEL/FÖRDERUNG DES MENSCHENHANDELS (SEXUELLE AUSBEUTUNG)



VERFAHRENSINITIIERUNGEN DURCH



ANLAGEN

HERKUNFTSSTAATEN DER TATVERDÄCHTIGEN

	2006	2007	2008	2009	2010
Tatverdächtige gesamt	57	35	77	46	85
Bosnien-Herzegowina	-	-	-	1	-
Bulgarien	5	4	5	13	13
Deutschland	19	10	14	13	15
Griechenland	1	-	-	2	-
Italien	4	-	3	-	-
Iran	-	-	-	-	1
Jugoslawien	-	-	17	-	-
Kroatien	-	1	-	-	1
Lettland	1	-	-	-	-
Litauen	1	-	-	-	-
Mazedonien	1	1	-	-	-
Nigeria	-	3	1	-	-
Österreich	-	-	3	-	-
Polen	-	-	-	-	1
Rumänien	7	2	1	10	42
Russland	1	1	-	-	-
Serbien	5	2	13	-	1
Sierra Leone	-	-	1	-	-
Slowakei	-	1	-	2	2
Thailand	1	-	-	-	-
Tschechien	-	1	-	-	2
Türkei	4	4	5	7	-
Ukraine	-	1	-	-	-
Ungarn	-	3	-	11	-
Unbekannt	-	2	5	-	7

Informationen zu den Geburtsländern der deutschen Tatverdächtigen:

- 2006: Ein Tatverdächtiger ist in Kasachstan, ein weiterer in Usbekistan geboren.
- 2007: Drei Tatverdächtige stammen aus Kasachstan, einer aus Usbekistan.
- 2008: Zwei Täter stammen aus dem ehemaligen Jugoslawien.
- 2009: Zwei Täter sind in Bulgarien, jeweils einer im Iran, Kasachstan, Rumänien und Türkei geboren.
- 2010: In Kasachstan und Rumänien sind jeweils zwei, in Russland, Serbien, Spanien und der Türkei jeweils ein Täter geboren.

HERKUNFTSSTAATEN DER OPFER

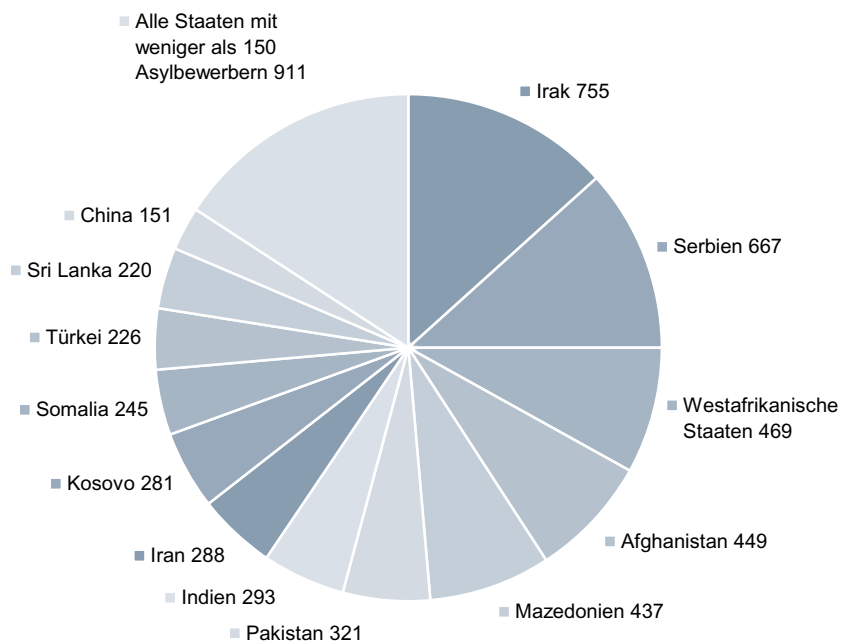
	2006	2007	2008	2009	2010
Opfer gesamt	60	47	44	40	52
Bosnien-Herzegowina	1	1	-	-	-
Bulgarien	10	4	6	11	8
Deutschland	10	4	6	9	7
Frankreich	1	-	-	-	-
Kamerun	1	-	-	-	-
Lettland	-	1	-	-	1
Litauen	1	1	-	-	-
Nigeria	-	10	3	-	1
Polen	5	-	1	2	3
Republik Moldau	-	-	-	1	-
Rumänien	8	4	11	12	28
Russland	5	11	-	-	-
Schweiz	-	-	1	-	-
Serbien	1	-	-	-	1
Sierra Leone	-	1	-	-	-
Slowakei	4	-	1	2	-
Tschechien	4	1	3	-	2
Türkei	-	2	-	1	-
Ukraine	2	1	-	-	-
Ungarn	5	2	12	-	1
Usbekistan	1	2	-	-	-
Weißrussland	1	1	-	-	-
Unbekannt	-	1	-	2	-

ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG

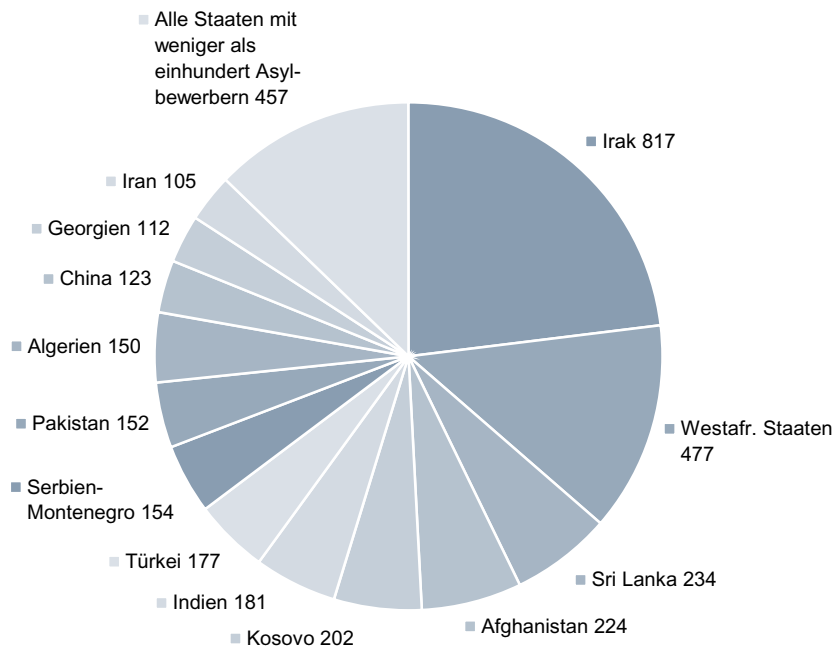
	2006	2007	2008	2009	2010
Anzahl	2.758	2.451	3.108	3.564	5.713

ANLAGEN

HERKUNFT DER HÄUFIGSTEN ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG 2010



HERKUNFT DER HÄUFIGSTEN ASYLANTRAGSTELLER IN BADEN-WÜRTTEMBERG 2009



ANSPRECHPARTNER

Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Öffentlichkeitsarbeit

Telefon 0711 5401-2020 und -2021

Fax 0711 5401-2025

E-Mail pressestelle-lka@polizei.bwl.de

Bundespolizeidirektion Stuttgart

Stabsstelle

Telefon 07031 2128-1010

Fax 07031 2128-1019

E-Mail bpold.stuttgart.oea@polizei.bund.de

2010

